Radikale „Islamische Verteidigungsfront“ in Indonesien verboten

1. Januar 2021



Jakarta (KNA) Indonesiens Regierung hat die radikale Islamische Verteidigungsfront FPI und all ihre Aktivitäten verboten. Das teilte Sicherheitsminister Mohammad Mahfud der staatlichen Nachrichtenagentur Antara News (Mittwoch) mit. Die nach eigenen Angaben mehrere Millionen Mitglieder zählende islamistische FPI ist seit Jahren für Hetzkampagnen und Gewaltaktionen gegen Christen sowie die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Ahmadiyya verantwortlich.

Mit den Massendemonstrationen 2016/17 gegen den damaligen christlichen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, wegen angeblicher Blasphemie konnte die FPI ihre Unterstützerbasis erheblich ausbauen und den radikalen Islam zu einem einflussreichen politischen Faktor machen. Das bevölkerungsreiche Indonesien ist ein mehrheitlich sunnitisch-islamisches Land.

Ziel der FPI ist die Umwandlung der säkularen Republik Indonesien in ein islamisches Kalifat. Zusammen mit der salafistischen Organisation HTI unterstützte die FPI bei der Präsidentenwahl 2019 Prabowo Subianto als Herausforderer von Amtsinhaber Joko Widodo.

Subianto verlor die Wahl, wurde aber Verteidigungsminister im Kabinett Widodo.

FPI-Chef Rizieq Shihab war Mitte Dezember wegen Verstößen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen verhaftet worden. Seit seiner Rückkehr aus seinem dreijährigen Exil in Saudi-Arabien Mitte November hatte er Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmern organisiert.

© KNA

Beitragsbild: Kaufdex via Pixabay

Stand: 13. November 2026